

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.02.2026
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:27 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Koziolk, Stephan-Gerhard

SPD-Fraktion
Busch, Friedrich (bis 18:20 Uhr)
Götze, Horst

CDU-Fraktion
Held, Wilke (bis 17:30 Uhr)
Verlee, Gerold für Wilke Held (ab 17:30 Uhr)
Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Göring, André
Ouedraogo, Abdou für Christian Nützel (bis 18:08 Uhr)

FDP-Fraktion
Eilers, Hillgriet

GfE-Fraktion
Janssen, Bernd

Fraktion DIE LINKE.
Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Deitenbach, Daniel	Lehrervertreter der Berufsbildenden Schulen
Höcker, Eike	Lehrervertreter der allgemeinbildenden Schulen
Mentjes, Zerrin	Vertreterin der Erziehungsberechtigten
Termöhlen, Claas	Vertreter der Erziehungsberechtigten
Thoma, Jörg	Vertreter der Arbeitgeberverbände

Verwaltungsvorstand
Grendel, Volker

von der Verwaltung
Christians, Jörg
Groeneveld, Michael
Schmidt, Ingrid

Protokollführung
Rauch, Agnes

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Koziolk begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 über die gemeinsame Sitzung des Sportausschusses, des Schulausschusses und des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung am 05.05.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 1 über die gemeinsame Sitzung des Sportausschusses, des Schulausschusses und des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung am 05.05.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 09.09.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 1 über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 09.09.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Till Prescher, Schülerratsvorsitzender der IGS, bezieht sich auf die Mitteilungsvorlage, in der aufgeführt werde, dass ein Spielgerüst erst nach Abschluss der Planungen für das neue Schulgebäude errichtet werden könne. Er stellt die Frage, ob es keine alternative Möglichkeit geben würde, bereits vorher ein Spielgerüst auf dem Schulhof zu errichten oder ein mobiles Spielgerüst anzuschaffen, zumal sich die Planungen für das neue Gebäude möglicherweise über viele Jahre hinziehen könnten und der Schulhof der IGS derzeit sehr kahl gestaltet sei.

Herr Grendel bedankt sich für die Frage und erläutert, dass die Formulierung in der Mitteilungsvorlage dahingehend zu verstehen sei, dass der Wunsch nach einem Spielgerüst in die laufende Schulentwicklungsplanung aufgenommen werde. Aufgrund der von drei Fraktionen eingebrachten Anträge zur Schulentwicklungsplanung habe die Verwaltung entsprechende Aufträge erhalten, die derzeit abgearbeitet würden. In diesem Zusammenhang werde auch das Anliegen eines Spielgerüsts berücksichtigt. Es sei nicht beabsichtigt, das Thema

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

zurückzustellen oder zu vernachlässigen. Vielmehr gehe die Verwaltung davon aus, dass bis Mai eine Entscheidung hinsichtlich des Spielgerüsts vorliegen werde.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Sachstandsbericht Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 18/1903

Herr Groeneveld stellt zunächst die neue Kollegin im Fachdienst Schule, Bildung und Sport, Frau Ingrid Schmidt, vor und erklärt, Frau Schmidt sei die Nachfolgerin von Frau Preßler und werde sich ebenfalls um den Schulausschuss kümmern.

Weiter führt er aus, dass er die Umsetzungsplanung zur Beschlussfassung des Rates vom 11.12.2025 vorstellen möchte. Dabei solle dargestellt werden, welche Überlegungen bislang angestellt worden seien und wie das weitere Vorgehen geplant sei. Zunächst wolle er die endgültige Beschlussfassung in ihrer vollständigen Form noch einmal darstellen, da der ursprüngliche Antrag sowie der Änderungsantrag zu einer gewissen Unübersichtlichkeit geführt hätten. Weiterhin sollten die nächsten Schritte für die einzelnen Standorte erläutert werden, bevor schließlich das geplante weitere Vorgehen insgesamt vorgestellt werde.

Anschließend erläutert Herr Groeneveld anhand einer PowerPoint-Präsentation die Umsetzungsplanung zur Beschlussfassung aus dem Rat vom 11.12.2025. Diese Präsentation ist [hier](#) abrufbar.

Herr Koziolk bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Held bedankt sich für den vorgelegten Sachstand zur Umsetzungsplanung und betont, dass dieser deutlich mache, wie viele Prozesse derzeit parallel in Bewegung seien. Dies sei angesichts der Beschlüsse vom Dezember sowie der Diskussionen der vergangenen zwei Jahre auch zu erwarten gewesen. In vielen Punkten stimme er dem vorgeschlagenen Vorgehen zu und halte die dargestellten Schritte für sinnvoll. Gleichzeitig macht er deutlich, dass er insbesondere zu den zuletzt genannten Aspekten noch Fragen habe und weiteren Beratungsbedarf sehen würde.

Weiter führt Herr Held aus, dieser beziehe sich auf die Ausführungen ab Folie 14 sowie auf den Umgang mit dem Gymnasium. In diesem Abschnitt sehe er die aktuelle Planung nicht vollständig im Einklang mit dem Ratsbeschluss umgesetzt. Dort sei ausdrücklich festgelegt, dass die Gesamtzügigkeit der Sekundarstufe 1 – also die kumulierten Jahrgänge 5 bis 10 – als Grundlage dienen sollten. Diese Betrachtung halte er weiterhin für sinnvoll, auch vor dem Hintergrund der Workshops, in denen die Probleme analysiert und der Bedarf an langfristigen Lösungen für die Gymnasien deutlich geworden sei. Ziel sei es gewesen, kurzfristige Um- und Anbauten zu vermeiden und stattdessen verlässliche Perspektiven zu schaffen. Aus seiner Sicht sei daher nicht der einzelne Jahrgang 5 entscheidend, sondern die Gesamtbetrachtung der Jahrgänge 5 bis 10, aus der sich die notwendige Flexibilität ergeben würde. Dieses sei im Ratsbeschluss festgehalten, insbesondere im Zusammenhang mit der übersteigenden Nachfrage und der Entscheidung, Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Aurich aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund stellt Herr Held die Frage, warum in diesem Bereich so stark aufs Tempo gesetzt, während an anderer Stelle noch beraten werde. Er bittet darum, klarzustellen, dass die Regelung nicht bereits zum kommenden Schuljahr greifen werde, da sich die Eltern derzeit in der Entscheidungsphase befinden würden und die Diskussion aus seiner Sicht zu Verunsicherung führe.

Herr Held weist darauf hin, dass ein Aspekt aus dem Ratsbeschluss bislang nicht berücksichtigt worden sei. Dabei handele es sich um den letzten Satz des Ratsbeschlusses, in dem festgelegt sei, dass die Gymnasien den Fachunterricht gemäß der gültigen Stundentafel erteilen können

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

müssten. Diese Formulierung habe man auch in Betrachtung der IGS aufgestellt. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, wie eine vierzügige Beschulung in einem Gebäude gewährleistet werden solle, das ursprünglich für drei Züge ausgelegt sei, wenn gleichzeitig der Anspruch bestehe, den Unterricht vollständig nach Stundentafel abzudecken. Dieser Punkt sei in den bisherigen Ausführungen nicht behandelt worden und müsse seiner Ansicht nach ebenfalls geprüft werden.

Herr Grendel bedankt sich für die Ergänzungen und erklärt, dass die Hinweise zur Betrachtung der Gesamtzügigkeit der Sekundarstufe I aufgenommen werden könnten. Aus seiner Sicht bestehe hierzu kein weiterer Beratungsbedarf. Er weist darauf hin, dass das MAX derzeit durchgängig vierzügig und das JAG mindestens durchgängig fünfzügig sei. Die vorgeschlagene Vorgehensweise könne daher wie beantragt übernommen werden.

Zum Thema „Unterricht nach Stundentafel“ führt Herr Grendel aus, dass er vor der letzten Schulausschusssitzung nach dem Stand des Erweiterungsbaus gefragt habe. Die drei antragstellenden Fraktionen hätten daraufhin erklärt, dass dieser Punkt aktuell nicht weiter diskutiert werde. Aus diesem Grund sei der Erweiterungsbau in den aktuellen Unterlagen nicht berücksichtigt worden, obwohl er Teil des ursprünglichen Verwaltungsvorschlags gewesen sei.

Abschließend stellt Herr Grendel klar, dass der Rat die Schulentwicklungsplanung nicht vertagt, sondern einen Änderungsantrag beschlossen habe. Für die Verwaltung seien diese Beschlüsse bindend. Daher müsse die im Beschluss festgelegte Zügigkeitsbeschränkung zum kommenden Schuljahr umgesetzt werden – nicht aufgrund einer Entscheidung der Verwaltung, sondern aufgrund der Beschlusslage des Rates.

Herr Busch erläutert, auch die SPD-Fraktion sehe die vorgelegten Zahlen und Vorstellungen zum ersten Mal und sei dankbar darüber, dass die Schulentwicklungsdiskussion wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt sei. Es bestehe ausreichend Zeit, die weiteren Schritte gemeinsam zu entwickeln, was für seine Fraktion von großer Bedeutung sei. Er betont, dass die gemeinsame Intervention richtig gewesen sei. Besonders hebt er hervor, es sei die richtige Entscheidung gewesen, die Herrentorschule eigenständig zu belassen und die IGS an einem Standort wachsen zu lassen. Diese Entscheidungen würden sowohl dem Willen der Schülerinnen und Schüler als auch dem der Lehrkräfte entsprechen.

Er macht deutlich, dass Schulentwicklungsplanung nicht ohne den Sachverstand des Lehrerkollegiums und nicht ohne die Beteiligung der Schülerschaft erfolgen dürfe. Seine Fraktion verfolge weiterhin das Ziel, die IGS zu stärken und deren Entwicklung an einem Standort zu fördern. Gleichzeitig sei es notwendig, Baukosten zu sparen, weshalb ein weiterer Ausbau der Gymnasien nicht vorgesehen sei. Die Entwicklung der IGS solle vielmehr freiwillig erfolgen und vom Willen der Schülerinnen und Schüler und der Eltern getragen sein.

Abschließend betont Herr Busch, dass dieser Weg sowohl der Jugend als auch den Pädagoginnen und Pädagogen wichtig sei. Die SPD-Fraktion werde diesen Entwicklungsprozess konstruktiv begleiten.

Herr Göring bedankt sich für die Erläuterung und macht deutlich, dass er die aktuelle Planung als planlos, praxisfern und problematisch einschätze. Aus diesem Grund sollte der bestehende Beschluss zurückgenommen und erneut überarbeitet werden. Er betont, die im Dezember vorliegende Lösung sei aus seiner Sicht gut gewesen. Als besonders kritisch bezeichnet er die vorgesehene Deckelung der Schülerzahlen. Er weist auf die Erfahrungen mit der IGS hin, die auf 150 Schülerinnen und Schüler begrenzt sei, und schildert die damit verbundene Unsicherheit für die Eltern. Eine solche Situation nun auch auf die Gymnasien zu übertragen, halte er für äußerst problematisch.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Herr Göring macht deutlich, dass die geplante Regelung für die Eltern eine erhebliche Zumutung sei. Er warnt davor, dass die bestehende Verunsicherung in diesem Jahr zu zahlreichen Doppelanmeldungen führen werde, die seiner Ansicht nach das Chaos perfekt machen würden. Dadurch wisse man als Eltern bis zuletzt nicht, welche Schule das eigene Kind tatsächlich besuchen könne.

Weiterhin spricht Herr Göring das Problem der sogenannten Rückläufer an. Er erläutert, dass Schülerinnen und Schüler, die vom Gymnasium zurückkehren müssten, so gut wie keine Chance hätten, an der IGS aufgenommen zu werden. Diese Situation hätte sich vermeiden lassen, wenn der ursprüngliche Beschluss gefasst worden wäre. Ein Schulwechsel sei ohnehin mit erheblichem Stress verbunden. Wenn ein Kind zusätzlich nicht an die gewünschte IGS wechseln könne und stattdessen auf die Realschule oder Oberschule müsse, bedeute das für die Betroffenen eine enorme Belastung. Seiner Ansicht nach würde der Antrag der SPD, CDU und FDP diese Situation bewusst in Kauf nehmen und den zukünftigen Schülerinnen und Schülern unnötigen Druck zumuten. Er bezeichnet dieses als eine Frechheit.

Weiterhin kritisiert Herr Göring die aus seiner Sicht bestehende Intransparenz des Antrags. Er führt aus, dass die Fraktionen nur unzureichend informiert worden seien und er sich daher die Frage stelle, welche Interessen dahinterstehen würden. Da der Antrag maßgeblich von einer Vertreterin der BBS I und einem Vertreter des Max-Windmüller-Gymnasiums eingebracht worden sei, liege die Vermutung nahe, dass jeweils eigene Interessen und Motive eine Rolle spielten.

Bezüglich der BBS I äußert er die Annahme, dass sinkende Zahlen der Realschulabgänger möglicherweise den Wunsch verstärken, mehr Realschüler zu erzeugen, um die BBS zu füllen. Beim MAX stelle er sich die Frage, ob die angestrebte Vierzügigkeit ein Versuch sein könnte, langfristig einen Anbau zu erzwingen. Wenn das MAX, ursprünglich auf Dreizügigkeit ausgelegt, dauerhaft mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen müsse, entstünden räumliche Engpässe, die jetzt bereits dazu führten, dass Unterrichtsflächen der BBS I genutzt würden. Dieses könne die Schulleitung in schwierige Situationen bringen und später Forderungen nach baulichen Erweiterungen nach sich ziehen.

Herr Göring kritisiert, dass diese möglichen Hintergründe nicht offen kommuniziert würden. Er bedauert, dass die drei antragstellenden Fraktionen keine ausreichende Transparenz geschaffen hätten und fordert eine bessere Aufklärung über die tatsächlichen Motive.

Abschließend bekräftigt Herr Göring erneut seine Einschätzung, dass der vorliegende Beschluss planlos, praxisfern und problematisch sei. Er appelliert an die SPD, CDU und FDP, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und den Schritt zurückzugehen. Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl warnt er davor, dass die entstandene Verunsicherung in der Bevölkerung spürbare Folgen haben werde. Die Menschen würden ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen, insbesondere weil es um die Zukunft ihrer Kinder gehe. Die aktuelle Situation stelle für Eltern eine deutliche Zumutung dar.

Herr Göring weist noch auf das Problem der auswärtigen Schülerinnen und Schüler hin. Er kritisiert, dass Kinder aus dem Umland künftig nicht mehr dieselben Wahlmöglichkeiten hätten wie Emder Schülerinnen und Schüler. Unter Umständen könnten sie z. B. nicht mehr das JAG besuchen, obwohl es ihre Wunschschule sei. Auch das halte er für problematisch und nicht gerecht. Er fordert die antragstellenden Fraktionen erneut auf, den Mut zu haben, die aus seiner Sicht falsche Entscheidung zurückzunehmen.

Herr Grendel entgegnet, dass auch im ursprünglichen Verwaltungsvorschlag eine zwingende Vierzügigkeit für das MAX vorgesehen gewesen sei, jedoch in Verbindung mit einem geplanten Ausbau der Schule. Ziel sei es gewesen, die Kapazitäten so zu bemessen, dass man nicht nach kurzer Zeit erneut vor dem Problem stehe, dass die Jahrgänge 5 und 6 fünfzügig aufgenommen würden. Die Begrenzung in den unteren Jahrgängen sei zudem notwendig gewesen, weil es

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

einen Überlauf zum JAG geben würde. Er erinnert daran, dass in der ursprünglichen Vereinbarung mit dem Landkreis Aurich vorgesehen gewesen sei, Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis ausschließlich dem JAG zuzuweisen. Diese Regelung habe sich später gelockert, sodass beide Gymnasien Schülerinnen und Schüler aus dem Umland aufgenommen hätten, was insgesamt gut funktioniert habe. Weiter führt Herr Grendel aus, dass die nun vorgesehene Regelung vermutlich eingeführt werde, um eine frühzeitige Steuerung der Schülerzahlen zu erreichen und damit spätere Rückläufer zu vermeiden. Eine solche Logik sei nachvollziehbar, sofern ausreichend Kapazitäten an der IGS vorhanden wären. Diese seien jedoch nicht gegeben, da die IGS bereits fünfzig ausgelastet sei. Er betont, dass eine Kapazitätsbegrenzung derzeit ohnehin kaum greife, da die beiden Gymnasien zusammen selten mehr als zehn Züge erreicht hätten. Durch die bestehende Öffnungsklausel könne das JAG zudem bei Bedarf einen sechsten Zug bilden. In der Vergangenheit sei man mit insgesamt zehn Zügen gut ausgekommen. Die nun festgelegte Begrenzung auf fünf Züge am JAG und vier am MAX führe jedoch zu einer Selektion, die wiederum die Frage aufwerfe, ob dadurch nicht letztlich ein zusätzlicher Zug zugelassen werden müsse. Dieses verursache zusätzlichen Aufwand für die Schulen und sollte aus seiner Sicht noch einmal kritisch hinterfragt werden.

Herr Grendel betont, grundsätzlich sei das Ziel jedoch nachvollziehbar, einen geregelten und verlässlichen Zugang zu den Schulen sicherzustellen. Anschließend geht er auf die Problematik der Doppelanmeldungen ein und stellt heraus, dass diese bereits heute üblich seien. Viele Eltern würden ihre Kinder an beiden Gymnasien und an der IGS anmelden, um sich mehrere Optionen zu sichern. Diese Praxis würde sich durch die neue Regelung zwar verschärfen, sei aber grundsätzlich nicht neu. Zwischen den Schulen müsse daher ohnehin ein Abgleich stattfinden, was seiner Meinung nach bereits jetzt gemacht werde.

Herr Grendel betont, dass es sich bei dem aktuellen Beschluss um einen Beschluss zur Schulentwicklungsplanung handele und nicht um das bloße Verschieben einer Entscheidung. Die Verwaltung habe einen klaren Untersuchungsauftrag, der bis Mai abgeschlossen werde. Anschließend müsse der Rat entscheiden, wie mit den Ergebnissen umzugehen sei, da daraus konkrete Investitionsbedarfe entstehen würden. In diesem Zusammenhang erinnert Herr Grendel daran, dass die ursprüngliche Idee darin bestanden hätte, die Herrentorschule einzubeziehen, um zusätzliche räumliche Kapazitäten für die IGS zu schaffen und gleichzeitig Fachräume im Bestand der IGS auszubauen. Nun sei ein zusätzlicher Anbau an der IGS erforderlich. Er verweist darauf, dass bereits zuvor ein Erweiterungsbau für das MAX vorgesehen gewesen sei. Dieser solle jedoch nicht mehr Bestandteil des Beschlusses sei, was er damals ausdrücklich abgefragt habe.

Abschließend geht Herr Grendel noch einmal auf eine Aussage von Herrn Busch ein. Er stellt heraus, dass der Eindruck, der Verwaltungsvorschlag sei ohne Beteiligung von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften oder dem Stadtelternerat entstanden, nicht zutreffen würde. Vielmehr sei es umgekehrt gewesen. Die Verwaltung habe Workshops mit allen relevanten Gruppen durchgeführt und diese aktiv in den Prozess einbezogen. Er betont, dass die antragsstellenden Fraktionen hingegen nur sehr kurzfristig vor der Schulausschusssitzung ihren Antrag eingebracht hätten und daher selbst nicht alle Beteiligten einbeziehen konnten.

Herr Verlee erklärt, er sei nicht bereit, eine bereits zuvor geführte Grundsatzdiskussion erneut aufzunehmen. Er kritisiert, dass Entscheidungen im Rat als „Zumutung“ bezeichnet würden und betont, dass er selbst trotz inhaltlicher Differenzen gegenüber den Grünen nie eine solche Wortwahl verwendet habe. Von daher bitte er darum, auch diese Entscheidung zu respektieren. Zudem wies er zurück, dass einzelne Personen herausgegriffen würden. Zwar würde es Mitglieder mit Expertise aus dem Lehrbereich geben, dennoch treffe die Fraktion ihre Entscheidungen eigenständig. Weiter stellt er klar, dass die CDU-Fraktion von Beginn an eindeutig festgelegt habe, die Herrentorschule nicht in eine IGS umzuwandeln. Aus seiner Sicht sei es unverschämt, dass seitens der Grünen nun diese Entscheidungsfindung infrage gestellt werde.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Herr Verlee äußert sein Unverständnis darüber, dass offenbar ein Informationsschreiben an den Gymnasien herausgegangen sei, in dem klar gesagt worden sei, dass bei Erreichen der vorgesehenen Aufnahmekapazität alle darüberliegenden Anmeldungen grundsätzlich abzulehnen seien. Das würde nicht der Intention des Antrags entsprechen. Die Schulen sollten vielmehr ihre Zahlen melden und anschließend gemeinsam mit der Verwaltung nach Lösungen suchen, anstatt bereits im Vorfeld automatisch alle darüber hinausgehenden Anmeldungen auszuschließen. Herr Held habe es zudem noch einmal klargestellt, dass der Anspruch darin bestehe, die Situation insgesamt zu betrachten. Vor diesem Hintergrund hoffe er, dass das Schreiben nicht in der Weise verstanden worden sei, dass Schulen grundsätzlich ab einer bestimmten Zügigkeit ablehnen müssten. Er könne sich nicht vorstellen, dass dieses so beschlossen worden sei. Sollte dieses der Fall sein, müsse an der Stelle nachjustiert werden.

Herr Verlee erklärt, er sei ihm wichtig, Synergien zwischen den Schulen zu schaffen und die Gesamtzügigkeit im Blick zu behalten. Dieses müsste insbesondere dann gelten, wenn die Anmeldezahlen vorliegen würden. Er äußert den Wunsch, dass die Verwaltung bei der Umsetzung zügig vorgehe und die politischen Gremien entsprechend zeitnah informiere. Er berichtet, dass er am Vortag zu einem Gespräch mit der Schulelternschaft des JAG eingeladen gewesen sei, bei dem er sich rechtfertigen habe müssen.

Auf die Aussage von **Herrn Grendel**, dass er ihn in einem Telefongespräch darüber informiert habe, entgegnet **Herr Verlee**, dieses Schreiben, in dem stehe, dass Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden sollten, sei ihm explizit nicht bekannt gewesen. Er habe lediglich gewusst, dass ein Schreiben herausgegangen sei.

Herr Grendel stellt heraus, dass die Festlegung der Zügigkeit zur Folge habe, dass bei einer höheren Zahl von Anmeldungen automatisch Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden müssten. Da es sich um eine Emdener Schule handle, würde die Ablehnung in erster Linie Familien aus dem Landkreis Aurich betreffen. Er weist darauf hin, dass im Antrag ausdrücklich vorgesehen sei, in solchen Fällen auf das JAG zu verweisen.

Herr Verlee führt aus, die Schulen sollten zunächst ihre Anmeldezahlen melden und gemeinsam mit der Verwaltung Schlussfolgerungen daraus ziehen. Es dürfe nicht passieren, dass das JAG bereits am Stichtag eigenständig Ablehnungen verschicke und sich dabei auf eine Übernachfrage berufe. Neben den politisch festgelegten Begrenzungen würde es auch räumliche Kapazitätsgrenzen geben, die berücksichtigt werden müssten.

Er führt aus, dass Schülerinnen und Schüler grundsätzlich keinen Anspruch auf einen bestimmten Schulplatz haben würden, wenn dieser räumlich nicht realisierbar sei. Das sei jedoch keine neue Situation, sondern gelte unabhängig vom aktuellen Antrag. Er kritisiert, dass teilweise der Eindruck erweckt werde, der Antrag habe erst dazu geführt, dass man an bestimmte Schulen nicht mehr gelangen könnte.

Herr Verlee plädiert dafür, die Debatte zu versachlichen und keine Ängste zu schüren. Jeder habe weiterhin die Möglichkeit, sich an einem der beiden gut funktionierenden Emdener Gymnasien anzumelden. Wichtig sei, dass dieses auch zu kommunizieren. Seine Bitte sei, dass bei unerwarteten Entwicklungen und einem höheren Bedarf als im Schulentwicklungsplan vorgesehen gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen erarbeitet würden.

Herr Groeneveld stellt heraus, es sei ausdrücklich festgehalten worden, dass keine automatische Ablehnung von Schülerinnen und Schülern erfolgen sollte. Er betont, dass allen Emdener Kindern weiterhin die volle Wahlfreiheit zustehe, ihren gewünschten Schulstandort auszuwählen. Erst wenn die Gesamtzahl der Anmeldungen – einschließlich der Schülerinnen und Schülern aus dem Landkreis Aurich – die im Ratsbeschluss festgelegte Zügigkeit überschreite, müsse ein Auswahlverfahren durchgeführt werden. In diesem Fall würden betroffene

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Schülerinnen und Schüler an einem anderen Standort beschult, wie es auch vorgesehen und praktiziert worden sei. Das würde auch dem Ratsbeschluss entsprechen.

Weiterhin zeigt er sich ein wenig verunsichert hinsichtlich der Aussage, die Schülerzahlen kumuliert über die Jahrgänge 5 bis 10 zu betrachten. Diese Anforderung sei bislang am JAG nicht berücksichtigt worden. Nach seiner Einschätzung würde die neue Berechnungsweise dazu führen, dass im kommenden Schuljahr nur vier Züge im Jahrgang 5 eingerichtet werden könnten. Er weist darauf hin, dass das JAG in den höheren Jahrgängen überwiegend sechszügig, teilweise sogar siebenzügig und in einigen Fällen fünfzügig geführt werde. Durch die nun geforderte Kumulierung über die Jahrgänge müsse jedoch auf vier Züge begrenzt werden, obwohl die aktuelle Planung fünf Züge vorsehen würde. Er wirft die Frage auf, ob die Entscheidung politisch so gewollt sei.

Herr Grendel erklärt, er habe den Beschluss in der Zwischenzeit noch einmal geprüft. Der Antrag lege fest, dass das MAX auf vier Züge und das JAG grundsätzlich auf fünf Züge begrenzt werde. Weiter stehe dort, dass bei übersteigender Nachfrage der Schulträger entscheide, an welchem Gymnasium ein zusätzlicher Zug eingerichtet werde. Eine Aussage darüber, welche Gesamtschülerzahl oder welche Jahrgänge dabei berücksichtigt werden müssten, enthalte dieser Beschluss jedoch nicht. Er sei gerne bereit, den Antrag entsprechend zu ändern, falls dieses der Wunsch der drei Fraktionen sei und künftig die gesamte Sekundarstufe I betrachtet werden sollte. Er weist darauf hin, eine solche kumulierte Betrachtung zur Folge hätte, dass einer hohen Belastung der oberen Jahrgänge am JAG ein sechster Zug in der Eingangsstufe nicht eingerichtet werden könne. Dieses könne nicht im Sinne des Beschlusses sei. Er erläutert den Mechanismus, der sich aus der festgelegten Zügigkeit ergeben würde. Wenn eine Schule auf vier Züge begrenzt sei und z. B. drei Züge Anmeldungen aus Emden sowie 1,5 Züge aus dem Landkreis Aurich vorliegen würden, würden zunächst die Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Aurich an das andere Gymnasium verwiesen. Das sei so auch richtig, da die Emdener Schülerinnen und Schüler vorrangig Zugang zu den städtischen Schulen haben müssten.

Frau Eilers erklärt, Herr Grendel habe die Sachlage noch einmal klar dargestellt. Dieses würde ihrer Auffassung entsprechen. Mit ihrem Beitrag wolle sie nun zwei Punkte ansprechen. Zunächst bezieht sich Frau Eilers auf die Äußerung von Herrn Göring. Sie betont, dass sein Beitrag zwar einige der bereits vor der Entscheidung diskutierten Argumente wiedergegeben habe, jedoch nicht nur „nett“ gewesen sei. Besonders kritisiert Frau Eilers die Unterstellung, es seien persönliche Interessen verfolgt worden. Diese Aussage bezeichnet sie als völlig unangemessen und grenzüberschreitend. Sie fordert Herrn Göring auf, diese Äußerung zu überdenken. Weiter stellt sie heraus, dass die Vorbereitung durch drei Fraktionen erfolgt sei und sie selbst weit davon entfernt sei, persönliche Interessen zu verfolgen. Solche Vorwürfe würden die sachliche Argumentation entwerten und die eigenen Argumente weniger wertvoll machen. Sie stellt heraus, dass dieses ihre persönliche Auffassung sei.

Anschließend bezieht sich Frau Eilers noch einmal auf die getroffene Entscheidung. Sie stellt fest, dass diese nun stehe und sie feststellen könne, dass sich die Verwaltung sehr ambitioniert an die Umsetzung gemacht habe. In kurzer Zeit sei ein Plan erarbeitet worden, was ihrer Ansicht nach sehr bemerkenswert sei.

Bezüglich der Herausforderung, die sich aus den anstehenden Planungen zur IGS ergeben würden, fragt Frau Eilers an, wie die Verwaltung diese zusätzlichen Aufgaben bewältigen solle, insbesondere da die Planungsphase bereits bis zur nächsten Ratssitzung anlaufen müsse. Sie erkundigt sich, ob die Verwaltung dieses gemeinsam mit den beratenden Mitgliedern in den Gremien und Arbeitskreisen leisten könne oder ob es notwendig sei, für die anstehenden Prüfungsaufträge externe Unterstützung hinzuzuziehen und zusätzliche Beratung einzukaufen.

Herr Grendel führt aus, der Auftrag sei eindeutig an die Verwaltung gerichtet gewesen. Er erinnert daran, dass der Vorschlag der Verwaltung bewusst vor der letzten Sommerpause

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

eingebraucht worden sei, um das Thema aus dem Wahljahr herauszuhalten und eine Entscheidung im Herbst 2025 zu ermöglichen, die in den Haushalt 2027 einfließen könne. Da Kommunalwahl und Konstituierung des Rates erst im Spätherbst stattfinden würden und der Haushalt voraussichtlich erst danach eingebracht werde, müsse dennoch bis Dezember Klarheit darüber bestehen, wie in den kommenden zwei Jahren weitergearbeitet werden solle. Herr Grendel verweist auf die Erfahrungen des vergangenen Jahres mit der Schulentwicklungsplanung und betont, dass es sinnvoll sei, die angeforderte Information noch vor der Sommerpause an den Rat zurückzugeben, damit dieser das zweite Halbjahr für die weitere Beratung nutzen könne. Die Verwaltung habe bereits reagiert, sich zunächst einen Überblick über die Beschlusslage verschafft und geprüft, wie die Beschlüsse miteinander wirken würden. Anschließend sei ein Entwurf erarbeitet worden, wie die Themen sinnvoll eingebracht werden könnten. Er räumt ein, dass es schwierig sei, drei Monate vor der Wahl solche Themen zu bearbeiten. Jedoch würde er keine Alternative sehen, wenn der Haushalt 2027 rechtzeitig erreicht werden solle.

Frau Mentjes verweist auf eine aktuelle Aussage der CDU, wonach Politik dann nerve, wenn zu viel Rechthaberei die Schlagzeilen bestimmen würde. Für die Kommunalwahl 2026 habe man sich bewusst für einen anderen Ansatz entschieden: Man wolle nicht Recht behalten, sondern Teil der Lösung sei. Ihrer Ansicht nach klinge dieses gut und gerade deshalb sei es jetzt auch der richtige Zeitpunkt, anzuerkennen, welche Folgen der eigene Schulentwicklungsbeschluss tatsächlich ausgelöst habe. Beim Blick auf die aktuellen Mitteilungsvorlagen der Stadt zeige sich ein durchgängiges Muster, welches diese Auswirkungen deutlich mache. Jeder Vorschlag, jede Ergänzung und jede pragmatische Lösung werde derzeit mit dem Verweis auf den bestehenden Ratsbeschluss abgelehnt oder vertagt. Faktisch habe der Rat mit diesem Beschluss sämtliche ergänzenden Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Sie macht deutlich, dass selbst ein zusätzliches Spielgerät nicht umsetzbar sei und gleichzeitig ein notwendiger Fahrstuhl zur Sicherstellung von Inklusion keine konkrete Perspektive erhalte. Das zeige, wie eng der Handlungsspielraum inzwischen geworden sei. In dieser Form sei dieses aus ihrer Sicht ein Armutszeugnis für die Schulentwicklungsplanung. Die Stärkung der IGS sei längst überfällig, da die Situation vor Ort nicht mehr tragbar sei.

Frau Mentjes macht deutlich, wie dringend zusätzliche Unterstützung im Schulsystem benötigt werde. Ein aktuelles Beispiel zeigt sehr klar, allein in diesem Halbjahr hätten mitten im laufenden Schuljahr 27 Schülerinnen und Schüler die Gymnasien verlassen. 13 von ihnen würden nun innerhalb des Schulgebiets an einer Oberschule weiter beschult, weitere 13 seien an die IGS Pewsum gewechselt und ein Kind sei an eine bislang unbekannte Schulform außerhalb gegangen. Dabei werde sichtbar, dass diese Kinder faktisch keine echte Wahlfreiheit gehabt hätten. Sie hätten weder nach persönlichem Wohlbefinden noch nach sozialen Bindungen oder der am besten geeigneten Schulform entscheiden können. Sie seien gezwungen gewesen, dorthin zu gehen, wo noch Plätze verfügbar gewesen seien. Das mache unmissverständlich deutlich, dass das Schulsystem unter erheblichem Druck stehe. Gerade deshalb brauche es eine Schulentwicklungsplanung, die das Gesamtsystem in den Blick nehme und als funktionierendes Ganzes durchdacht werde, damit der Schulwechsel nicht zu einer Zwangslösung werde, sondern zu einer echten Chance.

Weiter führt Frau Mentjes aus, dass sich derzeit ein anderes Bild zeige, als es für eine tragfähige Schulentwicklungsplanung notwendig wäre. Die Herrrentorschule solle zwar bestehen bleiben, jedoch ohne eine klare Perspektive für Barrierefreiheit. Daher stelle sich die Frage, ob die künftige Kooperation mit Wybelsum so gedacht sei, dass Schülerinnen und Schüler, die auf einen Fahrstuhl angewiesen seien, einfach dorthin verwiesen würden. Dieses scheine zumindest seitens der Verwaltung so gedacht worden zu sein. Auch in Wybelsum werde weiterhin in Kooperationen gedacht, obwohl zentrale Voraussetzungen nicht gesichert seien. Eine tragfähige Kantinenlösung fehle ebenso wie die dringend notwendige bauliche Weiterentwicklung für den Ganztagsbetrieb. Hinzu komme, dass im vergangenen Jahr sämtliche vorgesehenen Mittel gestrichen worden seien und frühestens im Haushaltsjahr 2027 wieder zur Verfügung stehen sollten. Bis dahin bleibe selbst die stark beschädigte Gebäudesubstanz weitgehend unsaniert.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Vor diesem Hintergrund sei kaum nachvollziehbar, wie unter solchen Bedingungen tragfähige Kooperationen entstehen könnten. Gleichzeitig werde in Borssum eine Umwandlung geprüft, obwohl dort funktionierende pädagogische Strukturen bestünden und kein erkennbarer konzeptioneller Handlungsdruck vorliegen würde. Auch bei den Gymnasien zeige sich die fehlende Stimmigkeit der Planung besonders deutlich. Das JAG solle künftig auf fünf Züge begrenzt werden, obwohl räumlich sechs Züge möglich wären. Das MAX hingegen werde auf vier Züge festgelegt, obwohl es baulich eigentlich nur auf drei Züge ausgelegt sei. Schon heute müssten dort für den vierten Zug Räume einer anderen Schule mitgenutzt werden. Dadurch würden an einer Stelle Kapazitäten künstlich begrenzt, während an anderer Stelle strukturelle Engpässe fortgeschrieben würden. Dieses sei nicht nur schwer nachvollziehbar, sondern auch widersprüchlich. Zudem stelle sich die Frage, was dieses künftig für die Schülerinnen und Schüler des MAX bedeute: ob sie dauerhaft auf ausgelagerte Räume verteilt würden oder perspektivisch sogar Räume am JAG mitnutzen müssten. Die Frage nach der tatsächlichen Wahlfreiheit – insbesondere für die seit Jahren versorgten Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Aurich – bleibe unbeantwortet. Genau dieses mache die Planung für viele Beteiligte kaum nachvollziehbar und führe zu erheblicher Verunsicherung. Frau Mentjes betont, der Beschluss sei gefasst. Umso wichtiger sei es nun, die entstandene Schieflage offen zu benennen und nachzusteuern, damit nicht Teile der Schullandschaft den Preis für eine einseitige Schwerpunktsetzung zahlen müssten. Nach all den Monaten, in denen man für eine ausgewogene Schulentwicklung gekämpft habe, gehe es hier nicht darum, dass am Ende jemand Recht behalte, sondern darum, dass kein Kind die Folgen politischer Entscheidungen tragen müsse.

Abschließend stellt Frau Mentjes zwei konkrete Fragen. Zunächst richtet sie sich an Herrn Verlee und fragt, weshalb die IGS sowie die Elternvertretungen zu einem Gespräch mit der CDU eingeladen worden seien, wenn die Entscheidung offenbar bereits festgestanden habe. Aus den Beiträgen der Ratskollegen habe dieses nicht so geklungen, weshalb sie diese Diskrepanz kritisch hinterfrage. Darüber hinaus wendet Frau Mentjes sich an Herrn Busch. Sie verweist darauf, dass die IGS wachsen solle und stellt die Frage, an welcher Stelle dieses im Beschluss festgelegt worden sei. Nach ihrem Verständnis sei ausdrücklich keine „XXL IGS“ vorgesehen gewesen. Vor diesem Hintergrund möchte sie wissen, wie ein Ausbau der IGS baulich umgesetzt werden solle und ob der Schulhof in seiner bisherigen Form erhalten bleiben könne.

Herr Verlee betont, dass für die CDU-Fraktion jede Schulform von Bedeutung sei. Sie habe sich klar für die Einrichtung einer Realschule ausgesprochen, doch dafür habe es keine Mehrheit gegeben.

Er führt weiter aus, bereits in der ersten Phase der Beratungen habe es die grundsätzliche Entscheidung gegeben, dass der Standort Herrentorschule als Oberschule erhalten bleiben sollte, auch wenn die ursprüngliche Intention eine Realschule gewesen sei. Dennoch müsse man sich mit allen anderen Schulformen auseinandersetzen, um tragfähige Lösungen zu finden und die Schulreform weiterzuführen und auszubauen. Dieses sei offen kommuniziert worden. Gleichzeitig bittet Herr Verlee um Verständnis dafür, dass Gespräche mit allen Beteiligten geführt würden, die CDU-Fraktion jedoch weiterhin eine klare eigene Position vertrete.

Herr Busch bedankt sich für die Frage und erklärt, dass das Lehrerkollegium der IGS ursprünglich gegen eine Aufteilung auf zwei Standorte gewesen sei. Diese Haltung habe man übernommen, da sie nachvollziehbar und pädagogisch sinnvoll sei. Die IGS wolle an einem einzigen Standort wachsen. Dafür werde man Verantwortung übernehmen, finanzielle Mittel bereitstellen und entsprechende Gebäude schaffen. Im späteren Verlauf habe das Kollegium zwar signalisiert, ein Wechsel zur Herrentorschule könne möglicherweise doch sinnvoll sein. Man habe jedoch die ursprüngliche Position respektiert und sich klar dafür ausgesprochen, die IGS an einem Standort zu belassen und diesen gezielt weiterzuentwickeln.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Bezüglich der Zügigkeit der Gymnasien betont Herr Busch, dass hier weiterer Diskussionsbedarf bestehen würde. Das JAG könne aus seiner Sicht weiterhin sechszügig geführt werden. Ob das MAX zwingend vierzügig sein müsse, sei hingegen fraglich. Man wolle die IGS stärken und Eltern sowie Schülerinnen und Schüler von der Qualität dieser Schulform überzeugen. Zudem sei es notwendig, Kosten zu sparen. Daher müssen darüber diskutiert werden, ob der geplante Ausbau am MAX tatsächlich erforderlich sei.

Herr Mennenga weist darauf hin, dass bereits im Dezember eine demokratische Entscheidung durch die drei anwesenden Fraktionen getroffen worden sei. Er widerspricht der Aussage von Herrn Busch und stellt klar, dass es sich beim genannten „Schülerwillen“ nicht um die Meinung der Mehrheit gehandelt habe, sondern lediglich um die Haltung einiger weniger. Der Fachausschuss selbst habe sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen.

Weiter führt Herr Mennenga aus, dass die aktuelle Diskussion zeige, dass sich einige Beteiligte der Konsequenzen ihres eigenen Antrags nicht bewusst gewesen seien. Er kritisiert, dass der Stadtrat nun erklären müsse, was im Antrag eigentlich beschlossen worden sei. In vielen Punkten schließe er sich den Ausführungen von Herrn Göring und Frau Mentjes an. Insgesamt empfinde er die Art der Diskussion als wenig überzeugend.

Herr Janssen schließt sich den vorherigen Wortmeldungen an und äußert deutliche Kritik an der Vorbereitung der beteiligten Fraktionen. Er zeigt sich überrascht darüber, dass der Ratsbeschluss, der vor zwei Monaten mit der Mehrheit von drei Fraktionen gefasst worden sei, offenbar nicht allen präsent sei.

Er geht auf die von Herrn Busch angesprochenen Kosten ein und verweist darauf, dass diese bereits von Herrn Grendel ausführlich dargestellt worden seien. Er bezweifelt, dass alle Beteiligten bei dieser Vorstellung anwesend gewesen seien. Zudem widerspricht er der Aussage, es seien Gespräche mit allen Beteiligten geführt worden. Nach seiner Wahrnehmung seien lediglich Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler der Herrentorschule einbezogen worden, während Stadtelternrat, Lehrervertretungen und das Kollegium der IGS überwiegend ablehnend reagiert hätten. Auch die Verwaltung habe frühzeitig auf Probleme hingewiesen, die jedoch ignoriert worden seien.

Weiter führt Herr Janssen aus, dass selbst innerhalb der Fraktionen offenbar keine einheitliche Abstimmung stattgefunden habe. Er verweist auf Gespräche mit langjährigen Parteimitgliedern, die ihm gegenüber Kritik geäußert hätten. Auch im ersten Schulausschuss sei deutlich geworden, dass Teile der Fraktionen nicht vollständig informiert gewesen seien. Der später abgeänderte Ratsbeschluss sei aus seiner Sicht vor allem dazu gedacht gewesen, parteiinterne Unruhe zu beseitigen.

Er hebt hervor, dass die Verwaltung – insbesondere unter der Leitung von Herrn Grendel – in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet habe. Die nun vorgelegten Unterlagen seien innerhalb kurzer Zeit erarbeitet worden. Gleichzeitig äußert er Verständnis dafür, dass die Verwaltung sich angesichts der politischen Entscheidungen überfordert fühlen könnte.

Abschließend kritisiert Herr Janssen den Verlauf der Diskussion. Abgesehen vom Vortrag der Verwaltung habe ihn das Gehörte darin bestärkt, wie Politik seiner Ansicht nach nicht agieren sollte. Er äußert die Hoffnung, dass dieses bei der nächsten Kommunalwahl zu einem „Denkzettel“ führen werde.

Herr Grendel erläutert, dass sich die Verwaltung derzeit in der Phase befinden würde, im Rahmen der Mitteilungsvorlage das weitere Vorgehen darzustellen. Ziel sei es, aufzuzeigen, wann und in welcher Form die politischen Gremien über die erteilten Aufträge informiert werden könnten.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Er bestätigt die Ausführungen von Frau Mentjes und betont, dass nicht nur der konkrete Bedarf der IGS betrachtet werden müsse, sondern ebenso die Frage, wo zusätzliche Räume oder Gebäude entstehen könnten. Dieses sei der Grund, weshalb zunächst eine grobe Planung erforderlich sei. Man müsse wissen, wo bauliche Maßnahmen sinnvoll platziert werden könnten, um spätere Umplanungen zu vermeiden. Die räumlichen Möglichkeiten seien begrenzt, weshalb sorgfältig abgewogen werden müsse, ob ein Anbau oder ein eigenständiges Gebäude die bessere Lösung sei. Auch bestehende Herausforderungen – wie die Toilettensituation – müssten in die Überlegungen einfließen.

Er bittet daher um Zeit, gemeinsam mit der Schule und dem Gebäudemanagement einen tragfähigen Plan zu entwickeln und diesen anschließend mit einer belastbaren Kostenschätzung zu versehen. Eine vollständige Planung sei in der kurzen Zeit nicht realistisch und sei auch nicht Bestandteil des politischen Auftrags gewesen. Der Auftrag habe vielmehr darin bestanden, zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig seien und welche Optionen bestünden – insbesondere vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen. Parallel dazu müsse auch der Standort Borssum bewertet werden. Dieses sei mit erheblichem Aufwand verbunden, insbesondere für das Gebäudemanagement, das alle vorgeschlagenen Varianten prüfen müsse. Als Beispiel nennt Herr Grendel die Überlegung, in Borssum eine vollständige IGS einzurichten. Die bestehende Schule sei dreizügig, eine eigenständige IGS erfordere jedoch vier Züge. Ein kompletter zusätzlicher Zug müsse daher angebaut werden. Auch dieses müsse planerisch bewertet und finanziell hinterlegt werden.

Abschließend äußert Herr Grendel die persönliche Einschätzung, dass die Diskussion nach Vorlage der Varianten möglicherweise wieder an ihren Ausgangspunkt zurückkehren werde.

Herr Busch betont, dass es in der aktuellen Diskussion nicht um eine Aufarbeitung vergangener Entscheidungen gehe. Die Aufträge an die Verwaltung seien eindeutig formuliert und er spreche der Verwaltung ausdrücklich sein Vertrauen aus. Er stellt klar, dass es keinen Anlass für Unruhe geben würde. Alle Schülerinnen und Schüler könnten sich weiterhin an der Schule anmelden, die sie besuchen möchten. Die Verwaltung sei leistungsfähig genug, die notwendigen Prozesse zu steuern. Man werde den laufenden Prozess konstruktiv begleiten und sei bereit, bei Bedarf flexibel auf Veränderungen zu reagieren. Man stehe weiterhin klar zur Stärkung der IGS sowie zu den übrigen Schulstandorten.

Herr Grendel ergänzt sachlich, dass die Aussage, jede Schülerin und jeder Schüler könne frei wählen, nicht vollständig zutreffe. Bereits im vergangenen Jahr habe die IGS aufgrund der hohen Nachfrage Auswahlverfahren durchführen und Schülerinnen und Schüler ablehnen müssen. Dieses sei nicht erst durch die aktuelle Schulentwicklungsplanung entstanden, sondern bereits zuvor Realität gewesen. Deshalb arbeite die Verwaltung daran, Lösungen zu entwickeln, um diese Situation künftig besser zu bewältigen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 7 Fahrstuhl Herrentorschule;
- Antrag des Stadtelterrates vom 14.01.2026
Vorlage: 18/1904

Die Tagesordnungspunkte 7, 8, 9 und 10 werden gemeinsam beraten.

Herr Koziolk bittet Frau Mentjes als Antragsstellerin der vier Anträge um ihre Ausführungen.

Frau Mentjes erklärt, es gäbe den schriftlichen Anträgen nichts mehr hinzuzufügen.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Herr Christians führt aus, die Verwaltung habe bereits ausführliche Stellungnahmen zu den einzelnen Anträgen abgegeben. Er betont, dass sich alle Anträge in einem Gesamtprozess der Schulentwicklungsplanung einfügen würden und es nun um die Phase der Einzelgespräche mit den Schulen und den dortigen Gremien gehe. Das weitere Verfahren sei bereits zu Beginn erläutert worden. Herr Christians stellt heraus, die Anträge des Stadtelternrates würden sehr wertschätzend aufgenommen. Anhand des Beispiels eines Spielgerätes erläutert er die erforderlichen Abläufe, denn hier müsse gegenüber dem GME signalisiert werden, dass ein derartiger Wunsch bestehe. Danach erfolge eine Prüfung bezüglich des Standorts, der Realisierbarkeit und der verfügbaren Haushaltsmittel. Abschließend stellt er heraus, dass die Verwaltung ohnehin in einem engen Austausch mit den Schulen sei und die eingebrachten Vorschläge in die Gespräche mit einbezogen würden.

Herr Verlee stimmt der zuvor dargestellten Vorgehensweise zu und betont, dass darüber Konsens bestehe. Er hebt hervor, dass die Finanzierung aller vorgeschlagen Maßnahmen ein entscheidender Faktor sei. Der neue Rat müsse diese Themen im Haushalt berücksichtigen, denn die Maßnahmen könnten nur umgesetzt werden, wenn sie finanziell hinterlegt seien.

Herr Termöhlen erläutert, dass es bei den Anträgen darum gegangen sei, deutlich zu machen, dass die Schulentwicklungsplanung zwar eine strategische Planung darstelle, jedoch nicht alle aktuellen Probleme ausschließlich strategisch gelöst werden könnten. Einige Herausforderungen erforderten kurzfristige Lösungen. Als Beispiel nennt Herr Termöhlen eine konkrete Situation einer 6. Klasse an der IGS, die im ersten Block an der IGS unterrichtet werde, im zweiten Block aufgrund fehlender Küchenkapazitäten zur Wallschule wechsele und von dort aus zur Förderschule für den Sportunterricht gehe. Anschließend kehre die Klasse wieder zur IGS zurück. Er betont, dass es sich hierbei um elf- bis zwölfjährige Kinder handele, die durch diese Wege keine einzige große Pause hätten. Diese zeige, wie belastend die aktuelle Situation sei.

Aus dieser Problemlage leitet Herr Termöhlen ab, dass die Schulentwicklungsplanung stärker zwischen langfristigen strategischen Lösungen und kurzfristigen Übergangslösungen, die bereits zum nächsten Schuljahr umsetzbar wären, unterscheiden müsse.

Herr Göring erklärt, er könne nur noch einmal an seine vorherigen Aussagen anknüpfen, dass die geschilderten Situationen für Schülerinnen und Schüler eine Zumutung darstellen würden. Die Berichte des Stadtelternrates hätten dieses sehr deutlich gemacht.

Weiter geht Herr Göring auf die Finanzierungsfrage ein und richtet sich dabei an Herrn Verlee, dass der Vorschlag der Verwaltung bereits kostenintensiv gewesen sei. Der Antrag der drei Fraktionen werde jedoch deutlich teurer werden – nach seiner Einschätzung um mehrere Millionen Euro. Mit den finanziellen Mitteln, die nun für den Antrag notwendig seien, hätte man vermutlich problemlos alle aktuell diskutierten Maßnahmen finanzieren können.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Spielgerüst IGS;
 - Antrag des Stadtelternrates vom 14.01.2026
 Vorlage: 18/1899

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Raumkapazität MAX;
 - Antrag des Stadtelternrates vom 14.01.2026
 Vorlage: 18/1900

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Schulausschusses am 18.02.2026

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Fachräume IGS;
- Antrag des Stadtelterrates vom 14.01.2026
Vorlage: 18/1901

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 12 Anfragen

Frau Mentjes erinnert an die bestehende Vereinbarung, wonach sich der Betriebsausschuss Gebäudemanagement und der Schulausschuss bei Schulbesichtigungen abwechseln würden. Laut Rückmeldung aus dem Betriebsausschuss Gebäudemanagement sei nun der Schulausschuss an der Reihe. Sie stellt die offizielle Anfrage, eine Besichtigung der Oberschule Borssum zu organisieren.

Weiterhin kündigt Frau Mentjes an, die Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien zum nächsten Treffen des Stadtelterrates einzuladen. Der Termin sei der 14.04.2026. Eine offizielle Einladung werde folgen.

Herr Janssen erklärt, der Stadtelterrat habe bei der letzten Schulausschusssitzung einen Fragenkatalog an die Verwaltung übergeben. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Bearbeitungsstand.

Herr Grendel erläutert, die Beantwortung des Fragenkataloges werde zunächst an den Stadtelterrat erfolgen. Anschließend könnten die Antworten dem gesamten Schulausschuss zur Verfügung gestellt werden. Er weist darauf hin, dass sich ein wesentlicher Teil der Fragen nicht an die Verwaltung, sondern an die Fraktionen richte. Diese seien daher zu beteiligen und müssten eigene Stellungnahmen abgeben. Da ihm der aktuelle Stand des Verfahrens nicht bekannt sei, werde er sich erkundigen und eine Rückmeldung abgeben.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.